

# Wahlprüfsteine zur Europawahl

Erstellt von der „Arbeitsgruppe Schwerpunkt Europa“ auf Grundlage des „Masterplans der bayerischen Asylhelfer\*innen“

**03.04.2019**

## 1. Konzept für ein gemeinsames europäisches Asylsystem

*Die Bundeskanzlerin hat eingestanden, dass das Dublin-System nicht funktioniert. Zu beobachten ist zudem eine sehr unterschiedliche Aufnahmebereitschaft der europäischen Länder.*

- a. Es steht zur Diskussion, dass EU-Staaten an den EU-Außengrenzen zeitlich unbegrenzt für ein Asylverfahren verantwortlich bleiben. Sollen die Ersteinreiseländer ihrer Ansicht nach allein zuständig sein?
- b. Was ist Ihr Konzept für ein zukünftiges, auf den Menschenrechten beruhendes gemeinsames Asylsystem für Europa?
- c. Wie lässt sich verhindern, dass durch eine Harmonisierung von Schutzquoten und Sozialleistungen die Standards europaweit auf ein Niedrigniveau gesenkt werden?
- d. Was halten Sie von der These, dass eine Free-Choice-Option die Verteilung von Geflüchteten auf die europäischen Länder beschleunigen könnte?
- e. Was halten Sie davon, europäischen Städten die Gelegenheit zu geben, sich direkt um die Aufnahme von Geflüchteten zu bewerben und die dafür notwendige Finanzierung aus EU-Geldern zu beziehen?



**PIRATENPARTEI**  
Deutschland

Es steht zur Diskussion, dass EU-Staaten an den EU-Außengrenzen zeitlich unbegrenzt für ein Asylverfahren verantwortlich bleiben. Sollen die Ersteinreisländer ihrer Ansicht nach allein zuständig sein?

Die Zuständigkeit sollte gleichermaßen bei allen EU-Staaten liegen.

Was ist Ihr Konzept für ein zukünftiges, auf den Menschenrechten beruhendes gemeinsames Asylsystem für Europa?

In Europa muss ein einheitliches, menschliches Asylsystem entwickelt werden, das den Menschen Zugang zu allen EU-Staaten ermöglicht.

Asylsuchende sollen als politische Kernforderung der PIRATEN in ganz Europa uneingeschränkt



Antworten 1a-e

Ein Europa, wie wir es uns vorstellen, bringt Ordnung und Humanität zusammen mit einheitlichen Standards. Das können wir nur durch vertiefte Zusammenarbeit erreichen. Unser Europa bekennt sich zu seinen rechtlichen und humanitären Verpflichtungen. Zugleich wollen wir, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Nur dann können wir wirklich Schutzbedürftigen helfen. Dort wo wir europäische Lösungen gefunden haben, zeigt sich, dass die Maßnahmen wirken.

Sicherheit beginnt an den Grenzen. Wir wollen daher als erste Säule den Außengrenzschutz



Antworten 1a-e

Flüchtlingsschutz ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Alle Mitgliedstaaten müssen sich an der Aufnahme und dem Schutz von Flüchtlingen beteiligen und sie müssen sich an die gleichen, hohen Asylstandards halten. Das Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem EU-Land Asyl beantragen müssen, das sie zuerst betreten, steht einer solidarischen Asylpolitik im Weg. Es muss durch ein faires und solidarisches Verteilungssystem ersetzt werden, wie es das Europäische Parlament bereits beschlossen hat. Dabei müssen neben dem Recht auf Familienzusammenführung auch die sozialen und kulturellen



Es steht zur Diskussion, dass EU-Staaten an den EU-Außengrenzen zeitlich unbegrenzt für ein Asylverfahren verantwortlich bleiben. Sollen die Ersteinreisländer ihrer Ansicht nach allein zuständig sein?

Nein, die Verantwortung sollte auf andere Mitgliedsstaaten übergehen können.

Was ist Ihr Konzept für ein zukünftiges, auf den Menschenrechten beruhendes gemeinsames Asylsystem für Europa?

Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge und eine entsprechende humanitäre Visa-Vergabe. Es braucht



Es steht zur Diskussion, dass EU-Staaten an den EU-Außengrenzen zeitlich unbegrenzt für ein Asylverfahren verantwortlich bleiben. Sollen die Ersteinreisländer ihrer Ansicht nach allein zuständig sein?

Solange keine andere Vereinbarung getroffen wird, sollen die EU-Ersteinreisländer gemäß der Dublin-III-Verordnung für ein Asylverfahren verantwortlich bleiben, was zumindest eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten garantiert. Allerdings fordert die ÖDP eine grundlegende Reform des Dublin-Verfahrens. Die EU soll die Erstaufnahmeländer wirksam unterstützen,



Es steht zur Diskussion, dass EU-Staaten an den EU-Außengrenzen zeitlich unbegrenzt für ein Asylverfahren verantwortlich bleiben. Sollen die Ersteinreisländer ihrer Ansicht nach allein zuständig sein?

Nein – Ziel muss bei allen Schwierigkeiten auf europäischer Ebene eine gemeinsame Strategie der EU-Mitgliedsstaaten sein. Dazu gehört selbstredend auch eine gemeinsame Zuständigkeit an den Außengrenzen.

Was ist Ihr Konzept für ein zukünftiges, auf den Menschenrechten beruhendes gemeinsames Asylsystem für Europa?

Sorry, das schildere ich Ihnen gerne separat.

<p>Zugang zu Sprachkursen, Bildung und Arbeit bekommen. So wird Selbständigkeit bei gleichzeitiger Achtung der Menschlichkeit gefördert.</p> <p>Wie lässt sich verhindern, dass durch eine Harmonisierung von Schutzquoten und Sozialleistungen die Standards europaweit auf ein Niedrigniveau gesenkt werden?</p> <p>Dadurch, dass ein höheres Niveau verpflichtend gemacht wird, das sich an den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen der Staaten orientiert.</p> <p>Was halten Sie von der These, dass eine Free-Choice-Option die Verteilung von Geflüchteten auf die europäischen Länder beschleunigen könnte?</p> <p>Piraten sind einverstanden mit einer Free-</p>	<p>verbessern, denn zu einem vollendeten Schengen-Raum gehört ein wirksamer Außengrenzschutz. Die europäische Grenzagentur FRONTEX wollen wir so zügig wie möglich zu einer operativen Grenzpolizei an der europäischen Außengrenze ausbauen. Deutsche Polizisten sollen sich an der europäischen Grenzpolizei beteiligen. FRONTEX soll auf mindestens 10 000 zusätzliche Grenzschützer mit direkten Eingriffsrechten anwachsen. FRONTEX benötigt die Befugnisse, die klaren Vorschriften zur Grenzkontrolle und den Einreisebestimmungen an den europäischen Außengrenzen in Zusammenarbeit mit den Nationalstaaten durchzusetzen. Des Weiteren setzen wir auf europäische Transitzentren. Dort muss geprüft und entschieden werden, ob jemand schutzbedürftig ist und einreisen darf. Nicht</p>	<p>Bindungen der Asylsuchenden berücksichtigt werden. Wer Verwandte in einem Mitgliedsland hat oder bereits die Sprache spricht, sollte möglichst dorthin verteilt werden. Das erhöht auch die Integrationschancen. Wir GRÜNE haben uns dafür stark gemacht, dass kein*e Schutzsuchende*r gegen ihren/seinen Willen in ein Mitgliedsland geschickt wird. Wir haben immerhin erreicht, dass das Parlament Asylsuchenden die Auswahlmöglichkeit zwischen vier Mitgliedstaaten geben will.</p> <p>Die Blockade einiger Länder gegen ein faires Verteilungssystem für Geflüchtete darf nicht das Aus für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa bedeuten. Die Bundesregierung muss deshalb zusammen mit anderen Mitgliedstaaten zunächst ohne die Blockierer in diese Richtung</p>	<p>umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR. Das Nachzugsrecht für Flüchtlinge muss effektiv umgesetzt werden. Es braucht eine Ausweitung der Familiendefinition auf in den Herkunftsländern nicht anerkannten gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und auf Verwandte zweiten Grades; insbesondere für unbegleitete Minderjährige.</p> <p>Wie lässt sich verhindern, dass durch eine Harmonisierung von Schutzquoten und Sozialleistungen die Standards europaweit auf ein Niedrigniveau gesenkt werden?</p> <p>DIE LINKE setzt sich für EU einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau ein. Die Abschiebung der Verantwortung auf andere</p>	<p>die aufgrund eines großen Flüchtlingsaufkommens überfordert sind. <b>Probleme dort lösen, wo sie entstehen und nicht importieren.</b></p> <p>Was ist Ihr Konzept für ein zukünftiges, auf den Menschenrechten beruhendes gemeinsames Asylsystem für Europa?</p> <p>Künftig soll vor allem eine <b>Vereinheitlichung der Asylverfahren</b> in allen EU-Ländern konsequent vorangetrieben werden, damit Flüchtlinge in Süd- und Osteuropa vergleichbar gut wie in Nordeuropa im Hinblick auf Asylchancen, soziale Absicherung, etc. behandelt werden.</p> <p>Wie lässt sich verhindern, dass durch eine Harmonisierung von Schutzquoten und Sozialleistungen die Standards europaweit auf ein Niedrigniveau gesenkt</p>	<p>Einen Wahlprüfstein halte ich für eine so umfangreiche Frage für schwierig. Meine und unsere grundlegende Position ist Ihnen sicherlich bekannt. Falls nicht, übersende ich sie Ihnen gerne.</p> <p>Wie lässt sich verhindern, dass durch eine Harmonisierung von Schutzquoten und Sozialleistungen die Standards europaweit auf ein Niedrigniveau gesenkt werden?</p> <p>Durch Mindeststandards, wie wir sie nun etwa für den europäischen Mindestlohn wollen. Das halte ich nahezu 1:1 für übertragbar.</p> <p>Was halten Sie von der These, dass eine Free-Choice-Option die Verteilung von Geflüchteten auf die europäischen Länder beschleunigen könnte?</p>
--	---	--	--	--	--

<p>Choice-Option.</p> <p>Was halten Sie davon, europäischen Städten die Gelegenheit zu geben, sich direkt um die Aufnahme von Geflüchteten zu bewerben und die dafür notwendige Finanzierung aus EU-Geldern zu beziehen?</p> <p>Vielfach sind es Piraten, die die Ausweisung einer Kommune als so genannter "Sicherer Hafen" initiiert und forciert haben. Wo Staaten nicht in der Lage sind, Humanismus walten zu lassen, müssen es die Bereiche tun, die dazu in der Lage sind und die eigentlichen Aufgaben zu erfüllen haben. Von daher sehen wir dieses Vorgehen als erfolgversprechender, als jegliche Art von nationalstaatlichem Vorgehen.</p>	<p>einreiseberechtigte Personen sowie Personen ohne Asylgrund und ohne Flüchtlingsstatus müssen von dort zurückgeführt werden. Aufgabe von FRONTEX ist dabei, die ungehinderte Weiterreise illegaler Migranten zu verhindern, sie in den Transitzentren unterzubringen und von dort aus zurückzuführen. Ergänzend wollen wir regionale Aufnahmezentren in Nordafrika einrichten.</p> <p>Als zweite Säule streben wir die Schaffung eines funktionierenden Gemeinsamen Europäischen Asylsystems einschließlich Dublin-Mechanismus an. Wir wollen Fehlanreize beseitigen, Asylbewerberleistungen europaweit angleichen und auf ein Minimum beschränken. Die Verantwortlichkeiten sollten klar geregelt sein, so dass effiziente Verfahren sowie eine faire Lastenteilung zwischen allen</p>	<p>vorangehen. Gleichzeitig muss die Bundesregierung Kommunen die Möglichkeit eröffnen, Flüchtlinge direkt aufzunehmen. Die EU soll Kommunen mit einem kommunalen Integrationsfonds unterstützen.</p>	<p>Staaten mithilfe von Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden. Auch das Dublin-System muss ein Ende haben. Alle Schutzsuchenden sollen selbst entscheiden können, in welchem Land sie Asyl beantragen wollen. Der Negativ-Wettbewerb durch abgesenkte Standards bei Unterbringung, Versorgung und Rechten muss abgeschafft werden. Wir fordern ein verbindliches Recht auf Familiennachzug – auch für subsidiär Schutzberechtigte und schon während des Asylverfahrens.</p> <p>Was halten Sie von der These, dass eine Free-Choice-Option die Verteilung von Geflüchteten auf die europäischen Länder beschleunigen könnte?</p> <p>Hier wären keine Rücküberstellungen in die</p>	<p>werden?</p> <p>Es soll ein <b>EU-Flüchtlingsfonds</b> geschaffen werden, in den die Mitgliedsstaaten entsprechend ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit einzahlen und aus dem jeder Flüchtling europaweit gleich hohe monatliche Unterhaltszahlungen bekommt. Damit lässt sich das Ausbluten der Sozialsysteme von Nationalstaaten verhindern. Auch die Schutzquoten werden sich dadurch selbst regeln, da die ärmeren EU-Staaten mit niedrigen Lebenshaltungskosten für die Flüchtlinge attraktiver werden. Es muss aber verhindert werden, dass Flüchtlinge in ärmeren EU-Ländern mehr erhalten als die anderen Bedürftigen dort!</p> <p>Was halten Sie von der</p>	<p>Nichts.</p> <p>Was halten Sie davon, europäischen Städten die Gelegenheit zu geben, sich direkt um die Aufnahme von Geflüchteten zu bewerben und die dafür notwendige Finanzierung aus EU-Geldern zu beziehen?</p> <p>Sehr viel. Das teile ich.</p>
--	---	---	---	--	--

	<p>Mitgliedstaaten im Rahmen der Vorgaben der Dublin-VO möglich sind. Unser Ziel ist ein einheitliches und schnelles Asylverfahren mit der Möglichkeit, innerhalb der EU einmalig einen Asylantrag zu stellen. Klar ist: Es darf nicht möglich sein, in mehreren Ländern einen Asylantrag zu stellen. Dabei ist die grundsätzliche Zuständigkeit des Ersteinreiselandes beizubehalten und eine solidarische Lastenverteilung sicherzustellen. Um eine Weiterreise innerhalb Europas zu verhindern, muss das europäische Asylrecht gemeinsame Standards für die Anerkennung von Asyl und eine EU-weite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen vorsehen. Das betrifft unter anderem Verfahren, Unterbringung und Versorgung. Wir erwarten von allen europäischen Mitgliedstaaten, dass sie</p>		<p>zuständigen Länder mehr notwendig, so dass insgesamt die Verfahren beschleunigt werden könnten. Wir wollen ein Asylsystem, in dem Schutzsuchende selbst wählen können, in welchem Mitgliedsstaat sie ihre Asylverfahren betreiben wollen.</p> <p><a href="#">Was halten Sie davon, europäischen Städten die Gelegenheit zu geben, sich direkt um die Aufnahme von Geflüchteten zu bewerben und die dafür notwendige Finanzierung aus EU-Geldern zu beziehen?</a></p> <p>Die Kommunen dürfen mit den Kosten von Flucht und Integration werden. Wir wollen einen „Europäischen Fonds für Willkommenskommunen“, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und zugleich aufnahmebereiten</p>	<p><a href="#">These, dass eine Free-Choice-Option die Verteilung von Geflüchteten auf die europäischen Länder beschleunigen könnte?</a></p> <p>Eine freie Mitsprache der Flüchtlinge, in welchem Land sie nach dem Asylverfahren leben wollen, würde die Verteilung der Geflüchteten wahrscheinlich beschleunigen und ist auch eine notwendige Voraussetzung für das richtige Funktionieren des vorgeschlagenen <b>EU-Flüchtlingsfonds</b> in der nach dem Asylverfahren anschließenden Flüchtlingsintegrationsphase. Aus interkultureller Sicht wäre es begrüßenswert, dass Familien zusammenleben können. Aber aus Sicht der Integration muss auch eine neue Ghettoisierung und Überlastung einzelner Regionen verhindert werden.</p> <p><a href="#">Was halten Sie davon,</a></p>	
--	--	--	--	---	--

	sich solidarisch zeigen.		<p>Kommunen und solidarischen Städten direkt hilft. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für die Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen. Wenn sich Geflüchtete in einer Kommune niederlassen, kann die Gemeinde andererseits auf der Grundlage der Neumeldungen noch Investitionsmittel aus einem Fond beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden. Unsere Bundestagsfraktion hat dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht.</p>	<p>europäischen Städten die Gelegenheit zu geben, sich direkt um die Aufnahme von Geflüchteten zu bewerben und die dafür notwendige Finanzierung aus EU-Geldern zu beziehen?</p> <p>Die europäischen Städte sollen sich nicht nur bewerben, sondern um die Geflüchteten aktiv werben, um mit ihrem Unterhaltsgeld aus dem <b>EU-Flüchtlingsfonds</b> die lokale Wirtschaft anzukurbeln. Darüber hinausgehende EU-Subventionen finde ich problematisch, weil nicht ersichtlich ist, ob es sich dabei um Menschenwohl oder um Aufbau einer lokalen lukrativen „Flüchtlingsindustrie“ auf EU kosten handelt.</p>	
--	--------------------------	--	---	---	--

## 2. Umgang mit Geflohenen unter Einhaltung der Menschenrechte

*Die europäische Union versteht sich als Wertgemeinschaft.*

## 2.1 Seenotrettung und sichere Wege nach Europa

- Die EU hat die Seenotrettungsmission „Sophia“ vor der libyschen Küste ausgesetzt. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu Berichten über Menschenrechtsverletzungen durch die sog. libysche Küstenwache. Wie wollen Sie eine den Menschenrechten gerecht werdende europäische Seenotrettung zukünftig gewährleisten?
- Was sagen Sie zur Einstufung von privaten Seenotrettern als Schlepper?
- Die Situation auf dem Mittelmeer ist so prekär, da es keine sicheren Einreisemöglichkeiten in die EU gibt. Wie sehen Sie dies?
- Die EU finanziert die bewaffnete Einheit G5-Saheljointforce mit über 100 Millionen EUR. Menschenrechtsorganisationen berichten über systematische Menschenrechtsverletzungen im Sahelgebiet. Wie verhalten Sie sich zu diesen Berichten?
- Nach welchen Kriterien entscheiden Sie, ob ein Drittstaat für eine Kooperation bei der Kontrolle von Migrations- und Fluchtrouten in Frage kommt?

 <p><b>PIRATENPARTEI</b> Deutschland</p> <p>Die EU hat die Seenotrettungsmission „Sophia“ vor der libyschen Küste <u>ausgesetzt</u>. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu Berichten über Menschenrechtsverletzungen durch die sog. libysche Küstenwache. Wie wollen Sie eine den Menschenrechten gerecht werdende europäische Seenotrettung zukünftig gewährleisten?</p>	 <p><b>CSU</b> Die Volkspartei für Europa</p> <p>Antworten a-e</p> <p>Oberste Leitlinie ist für uns: zur Lebensrettung ist jeder Mensch verpflichtet, auch wenn sich jemand leichtsinnig, fahrlässig oder sogar absichtlich in Lebensgefahr gebracht hat. Vom afrikanischen Kontinent aus begeben sich vor allem junge Männer, aber auch Frauen und Kinder durch</p>	 <p><b>BÜNDNIS 90</b> <b>DIE GRÜNEN</b></p> <p>Antworten a-e</p> <p>Es ist eine unerträgliche Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken. Dass sich EU-Länder weigern, gerettete Schutzsuchende an Land zu lassen, und dass zivilgesellschaftliche Seenotretter kriminalisiert werden, ist ein Angriff auf die Werte Europas. Um das tausendfache Sterben im</p>	 <p><b>DIE LINKE.</b></p> <p>Die EU hat die Seenotrettungsmission „Sophia“ vor der libyschen Küste <u>ausgesetzt</u>. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu Berichten über Menschenrechtsverletzungen durch die sog. libysche Küstenwache. Wie wollen Sie eine den Menschenrechten gerecht werdende europäische Seenotrettung zukünftig gewährleisten?</p> <p>Gemeinsame Werte gibt</p>	 <p><b>ödp</b></p> <p>Die EU hat die Seenotrettungsmission „Sophia“ vor der libyschen Küste <u>ausgesetzt</u>. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu Berichten über Menschenrechtsverletzungen durch die sog. libysche Küstenwache. Wie wollen Sie eine den Menschenrechten gerecht werdende europäische Seenotrettung zukünftig gewährleisten?</p>	 <p><b>SPD</b></p> <p>Die EU hat die Seenotrettungsmission „Sophia“ vor der libyschen Küste <u>ausgesetzt</u>. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu Berichten über Menschenrechtsverletzungen durch die sog. libysche Küstenwache. Wie wollen Sie eine den Menschenrechten gerecht werdende europäische Seenotrettung zukünftig gewährleisten?</p>
--	---	--	--	--	--

<p>Wir fordern die Einführung einer europäisch finanzierten Seenotrettung nach organisatorischem Vorbild der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.</p> <p><a href="#">Was sagen Sie zur Einstufung von privaten Seenotrettern als Schlepper?</a></p> <p>Menschenrettung ist kein Verbrechen!</p> <p><a href="#">Die Situation auf dem Mittelmeer ist so prekär, da es keine sicheren Einreisemöglichkeiten in die EU gibt. Wie sehen Sie dies?</a></p> <p>Wir fordern den sicheren Transfer nach Europa. Das Geld, was in die Abwehr von Flüchtenden gesteckt wird, wäre ausreichend, dies zu gewährleisten.</p> <p><a href="#">Die EU finanziert die bewaffnete Einheit G5-Saheljointforce mit über 100 Millionen EUR.</a></p>	<p>faktischen Zwang, ausgeübt von ihren Schleppern, auf seeuntüchtigen Booten in Lebensgefahr. Dies ist nicht nur kriminell, sondern dürfte auch seerechtlich problematisch sein. Wir alle müssen verhindern, dass sich überhaupt erst jemand in diese Gefahr begeben. Oberstes Ziel muss es daher sein, den Menschen in ihrer Heimat eine realistische Perspektive zu bieten. Dafür setzt sich die Bundesregierung richtigerweise mit dem „Marshallplan mit Afrika“ nachdrücklich ein.</p> <p>Weiterhin ist es unabdingbar, eine umfassende Aufklärung über geeignete Kanäle über die Risiken der Überfahrt und über das, was Geflüchtete in Europa erwartet, zu starten. Wir müssen die Desinformations- und Lügenkampagnen der Schlepper proaktiv mit ehrlicher</p>	<p>Mittelmeer so schnell wie möglich zu beenden, müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten eine europäische zivile Seenotrettung aufbauen. NGOs, die sich an der Seenotrettung beteiligen, dürfen weder behindert noch kriminalisiert werden.</p> <p>Mit legalen Fluchtwegen verhindern wir, dass sich Menschen in die Hände von skrupellosen Schleppern begeben und lebensgefährliche Fluchtwege auf sich nehmen müssen. Wir wollen großzügige Aufnahmekontingente für Flüchtlinge über das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen. Bewohner*innen von Inselstaaten, die durch die maßgeblich von den Industrieländern verursachte Klimakrise unbewohnbar werden, muss die EU zusammen mit anderen Industriestaaten Klimapässe anbieten. Für Menschen, die zum Arbeiten nach Europa kommen wollen, brauchen wir auf Grundlage des UN-Migrationspaktes ein europäisches</p>	<p>es nur dort, wo es gemeinsame Normen gibt. Allerdings zielt die EU zuallererst auf die Herstellung eines einheitlichen Binnenmarktes: Freier Kapitalverkehr, freier Fluss von Gütern und Dienstleistungen und die Arbeitnehmerfreizügigkeit sind die privilegierten Freiheiten, sie sind das Primärrecht der EU, sie werden vor allen anderen Rechten geschützt und durchgesetzt. Gemeinsame Mindeststandards für das Recht auf Asyl, den Schutz vor Verfolgung, den Schutz vor Armut, das Recht auf einen Krankenversicherung und eine Altersversorgung gibt es in den Mitgliedsstaaten der EU dagegen nicht.</p> <p><a href="#">Die EU hat die Seenotrettungsmission „Sophia“ vor der libyschen Küste ausgesetzt. Gleichzeitig</a></p>	<p>Je mehr Menschen aus dem Mittelmeer nach Europa gerettet werden, desto mehr werden auf diesem gefährlichen Weg nachfolgen. Um die Flüchtlinge davon abzuhalten in die unsicheren Schlauchboote zu steigen, hat die EU die eigene Seenotrettungsmission an die libysche Küstenwache übergeben, welche gerettete Flüchtlinge zurück nach Afrika bringen soll. Leider wird immer wieder von Grausamkeiten der libyschen Küstenwache und Menschenrechtsverletzungen in libyschen Flüchtlingslagern berichtet. Um diese Missstände abzustellen sollte man der EUfreundlichen libyschen Regierung helfen und mehr <b>Ausbilder für Küstenwache und Lager-</b></p>	<p><a href="#">gewährleisten?</a></p> <p>Auch wieder zu umfangreich. Ich gehe davon aus, dass Sie mein und unser Engagement im Bereich der Seenotrettung kennen.</p> <p><a href="#">Was sagen Sie zur Einstufung von privaten Seenotrettern als Schlepper?</a></p> <p>Absolut unqualifizierter und hetzerischer Unsinn von rechts.</p> <p><a href="#">Die Situation auf dem Mittelmeer ist so prekär, da es keine sicheren Einreisemöglichkeiten in die EU gibt. Wie sehen Sie dies?</a></p> <p>Ebenso. Wir setzen uns seit Jahren für legale Fluchtwege ein, verlieren aber leider eine Wahl nach der anderen, weshalb wir das nicht umsetzen können.</p> <p><a href="#">Die EU finanziert die</a></p>
---	--	--	---	--	---



<p>Menschenrechtsorganisationen berichten über systematische Menschenrechtsverletzungen im Sahelgebiet. Wie verhalten Sie sich zu diesen Berichten?</p> <p>Menschenrechte einzuhalten und deren Einhaltung einzufordern, ist für Piraten Priorität Nr. 1. Daher werden wir so etwas wie eine Saheljointforce als Wüstenrettungseinheit ausbilden statt als bewaffnete Einheit.</p> <p>Nach welchen Kriterien entscheiden Sie, ob ein Drittstaat für eine Kooperation bei der Kontrolle von Migrations- und Fluchtrouten in Frage kommt?</p> <p>Unbedingte Einhaltung der UN-Menschenrechtskonvention ist zwingende Voraussetzung. Damit scheiden - leider - nahezu alle afrikanischen Staaten aus.</p>	<p>Kommunikation bekämpfen.</p> <p>Vorweg: in kein Land der Erde kann man ohne Zustimmung gebracht werden oder einreisen. Das Geschäftsmodell der Schlepper beruht darauf, Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllbar sind. Auch wer die lebensgefährliche Überfahrt überlebt, wurde von seinen Schleppern bewusst zur illegalen Migration angestiftet. Zudem gehen den afrikanischen Ländern viele junge Menschen verloren („brain drain“), die eigentlich zuhause dringend gebraucht werden bzw. Chancen verdienen.</p> <p>Deshalb gilt: Not kennt kein Gebot. Wer aus Seenot gerettet worden ist, muss möglichst an die afrikanische Küste zurückgebracht und dort fürsorglich betreut werden, um nicht faktisch Anreize für andere zu le-</p>	<p>Einwanderungsrecht, das Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus die legale Einwanderung nach Europa ermöglicht.</p> <p>Die Zusammenarbeit Europas mit Drittstaaten muss stets nach der Maßgabe erfolgen, dass Menschenrechte und europäische Standards eingehalten werden. Europäische Außenlager in Drittstaaten und Abschotungsabkommen der EU mit Transitländern lehnen wir ab. Sie treten die Menschenrechte mit Füßen, schaffen zusätzliches Leid und stärken autokratische Regime. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache muss so schnell wie möglich beendet werden.</p>	<p>kommt es immer wieder zu Berichten über Menschenrechtsverletzungen durch die sog. libysche Küstenwache. Wie wollen Sie eine den Menschenrechten gerecht werdende europäische Seenotrettung zukünftig gewährleisten?</p> <p>Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen.</p> <p>Was sagen Sie zur Einstufung von privaten Seenotrettern als Schlepper?</p> <p>Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern Pflicht, internationales Seerecht und Selbstverständlichkeit. DIE LINKE spricht sich</p>	<p>personal schicken.</p> <p>Was sagen Sie zur Einstufung von privaten Seenotrettern als Schlepper?</p> <p>Theoretisch ist es denkbar, dass einige Schlepper nicht nur Schlauchboote bereitstellen, sondern auch private Seenotretter beauftragen oder zumindest benachrichtigen, um ihre Flüchtlinge von den Booten abzuholen und sicher über das Mittelmeer zu bringen. Aber die Seenotretter sollen nicht <b>pauschal kriminalisiert, sondern mehr unterstützt</b> werden, indem die Aufnahme der Geretteten geregelt wird. Solange sich die EU-Länder nicht auf deren Verteilung einigen, soll zumindest die Aufnahme in menschenwürdigen Flüchtlingslagern in anderen, der EU zu Dank</p>	<p>bewaffnete Einheit G5-Saheljointforce mit über 100 Millionen EUR. Menschenrechtsorganisationen berichten über systematische Menschenrechtsverletzungen im Sahelgebiet. Wie verhalten Sie sich zu diesen Berichten?</p> <p>Das ist mir nicht im Detail bekannt. Ich werde mich dahingehend einarbeiten. Dass es auf den Fluchtwegen durch die Sahara und in Libyen zu erheblichen Verletzungen jeglicher Menschenwürde kommt, ist mir natürlich bekannt. Wir verhalten uns dahingehend so, dass wir das Thema ständig ggü. der Bundesregierung thematisieren. Und zwar dahingehend, sich für ein Engagement Deutschlands im Europäischen Rat zur Herbeiführung einer Lösung einzusetzen. Siehe dazu auch meine</p>
--	--	---	---	--	--

	<p>bensgefährlichen Aktionen zu liefern. Hierfür müssen in Nordafrika bei allen hierfür bestehenden Schwierigkeiten lebenswürdige betreute Notunterkünfte geschaffen werden, statt Flüchtlinge vorübergehend oder dauerhaft in Europa unterzubringen, die auf Dauer keine Bleibeperspektive besitzen. Gleichzeitig muss den Flüchtlingen aus Nordafrika oder Subsahara, die in ihrer Heimat <u>wirklich</u> verfolgt worden sind oder um Leib und Leben fürchten müssen, nach einem individuellen Verfahren Asyl gegeben werden.</p>		<p>immer wieder öffentlich gegen die unverantwortliche und zynische Kriminalisierung ziviler Seenotretter*innen aus.</p> <p>Die Situation auf dem Mittelmeer ist so prekär, da es keine sicheren Einreisemöglichkeiten in die EU gibt. Wie sehen Sie dies?</p> <p>Diese Ansicht teilen wir. Es muss legale Einreisemöglichkeiten für schutzsuchende Menschen geben.</p> <p>Die EU finanziert die bewaffnete Einheit G5-Saheljointforce mit über 100 Millionen EUR. Menschenrechtsorganisationen berichten über systematische Menschenrechtsverletzungen im Sahelgebiet. Wie verhalten Sie sich zu diesen Berichten?</p> <p>Wir fordern eine Ende der Unterstützung der G5 Sahel und die Auflösung der EU Battlegroups. Wir</p>	<p>verpflichteten Ländern wie z.B. Libyen, gesichert werden.</p> <p>Die Situation auf dem Mittelmeer ist so prekär, da es keine sicheren Einreisemöglichkeiten in die EU gibt. Wie sehen Sie dies?</p> <p>Eine sichere Einreisemöglichkeit in die EU würde die prekäre Situation auf dem Mittelmeer bestimmen. Daher fordert das ÖDP-Europaprogramm unter anderem: "Schaffung von Möglichkeiten, außerhalb der Grenzen der EU-Staaten einen Asylantrag für die EU stellen zu können und Bekämpfung des Schlepperwesens durch Eröffnung sicherer und legaler Fluchtwege." In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder der sehr kontrovers diskutierte <b>UN-Migrationspakt</b> erwähnt. Ich persönlich</p>	<p>Position zu legalen Fluchtwegen.</p> <p>Nach welchen Kriterien entscheiden Sie, ob ein Drittstaat für eine Kooperation bei der Kontrolle von Migrations- und Fluchtrouten in Frage kommt?</p> <p>Das entscheide ich nicht selbst. Entscheidend sind für mich Standards in Bereichen wie Aufnahme, Unterbringung, Menschenrechte, etc</p>
--	--	--	--	---	---

			<p>wollen eine Europäische Union der Abrüstung und Entmilitarisierung. Wir wollen eine friedliche Außen-, Entwicklungs-, und Menschenrechtspolitik, die auf Solidarität, Kooperation und Entspannung setzt und eine starke parlamentarischen Kontrolle. Die Verteidigungsagentur der EU wollen wir auflösen. Die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO), die eigenständige militärische Strukturen der EU bildet und Voraussetzungen für eine eigene europäische Armee schafft, wollen wir ohne Wenn und Aber beenden. Die geplanten Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für Militärische Mobilität müssen gestrichen werden.</p> <p><a href="#">Nach welchen Kriterien entscheiden Sie, ob ein Drittstaat für eine Kooperation bei der Kontrolle</a></p>	<p>bin der Meinung, dass ein schlechter Migrationspakt besser als kein Migrationspakt ist. Entscheidend wird seine Umsetzung sein, und hier sind wieder die Wähler gefragt, dass sie nicht wieder die Parteien wählen, welche bei der <b>Flüchtlingskrise 2015</b> versagt und bis heute nicht mit den Verantwortlichen abgerechnet haben.</p> <p><a href="#">Die EU finanziert die bewaffnete Einheit G5-Saheljointforce mit über 100 Millionen EUR. Menschenrechtsorganisationen berichten über systematische Menschenrechtsverletzungen im Sahelgebiet. Wie verhalten Sie sich zu diesen Berichten?</a></p> <p>Es wiederholen sich ähnliche Berichte aus unterschiedlichen Ländern wie Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und jetzt auch</p>	
--	--	--	--	--	--

			<p>von Migrations- und Fluchtrouten in Frage kommt?</p> <p>Hierfür sind sowohl die formale Ratifikation der Genfer Flüchtlingskonvention und weiterer Menschenrechtskonventionen, die das Gebot der Nicht-Zurückweisung und das Recht, ein Land zu verlassen, ausschlaggebend als auch die tatsächliche Umsetzungspraxis. DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von Entwicklungsgeldern und anderer Fördermittel mit Maßnahmen des Grenzschutzes und der Migrationskontrolle ab. Wir setzen uns für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein. Sie muss auf die Interessen und Bedürfnisse der unterstützten Länder ausgerichtet sein und Gerechtigkeit, Solidarität und nachhaltige</p>	<p>nordafrikanischen Sahelstaaten:  <b>millionenschwere Militärinterventionen</b> werden dort durchgeführt und den Menschen vor Ort geht es anschließend nicht besser, sondern oftmals viel schlimmer. Von der Friedensbewegung wird oft kritisiert, dass es dabei mehr um die Arbeitsplätze in der westlichen Rüstungsindustrie geht, als um die Menschenrechte in den Zielländern. Frieden kann nur entstehen, wenn unter Nutzung der regionalen Kräfte die Ursachen (im Sinne der 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung) bekämpft werden, die Zivilgesellschaften gestärkt und militärische Gewalt nicht als erlösender Mechanismus angesehen werden.</p> <p><b>Nach welchen Kriterien entscheiden Sie, ob ein</b></p>	
--	--	--	--	---	--

			<p>Entwicklung Wirklichkeit werden lassen. Sie muss ein Instrument globaler Umverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit sein und darf nicht als Instrument der Einmischung sowie als ein Druckmittel zugunsten der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen der Geberländer und internationaler Konzerne missbraucht werden.</p>	<p><b>Drittstaat für eine Kooperation bei der Kontrolle von Migrations- und Fluchtrouten in Frage kommt?</b></p> <p>Bei einer Entscheidung, ob ein Drittstaat für eine Kooperation bei der Kontrolle von Migrations- und Fluchtrouten in Frage kommt, würde ich folgende Kriterien zugrunde legen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Menschenrechtslage</b> (damit Migranten auf der Flucht nicht misshandelt werden) Nach Abschluss des <b>EU-Türkei-Abkommens 2016</b> hat die Türkei das erhaltene Geld nicht nur für Flüchtlingsunterhalt verwendet, sondern eine Grenzmauer zu Syrien gebaut und angefangen, diese mit Selbstschutzanlagen auszustatten. Mittlerweile</li> </ul>	
--	--	--	---	---	--

				<p>produziert das Vorgehen der türkischen Regierung gegenüber der Opposition sowie Kampfhandlungen des türkischen Militärs gegen die Kurden in Nordsyrien weitere Tausende an Flüchtlingen, für deren „Abwehr“ sich die Türkei wiederum bezahlen lässt. Daher müsste die EU die Kooperation mit der Türkei überdenken und neu verhandeln.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Leistungsfähigkeit</b> (damit Transitländer nicht überstrapaziert werden) Besonders Griechenland ist wegen des hohen Flüchtlingsaufkommens seit langem schon überfordert, so dass eine angemessene Menschenbetreuung in dortigen Flüchtlingslagern eine deutliche Erhöhung</li> </ul>	
--	--	--	--	---	--

				<p>der Unterstützung vonseiten der EU erfordert.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Bevölkerungszustimmung</b> (damit Spannungen in Durchreiseländern nicht eskalieren) Die europaweite Flüchtlingskrise 2015 hat die Bevölkerung in den Staaten an den Flüchtlingsrouten verunsichert. Das hat einen Rechtsruck ausgelöst und zu Wahlerfolgen der rechten Parteien geführt: seit 2017 ist die rechtspopulistische FPÖ in der österreichischen Regierung; 2018 gab es eine Zweidrittelmehrheit für den ungarischen rechtsnationalen Ministerpräsidenten Viktor Orbán; und ebenfalls 2018 zog die rechtsextreme Lega in die italienische Regie-</li> </ul>	
--	--	--	--	--	--

				rung ein.	
--	--	--	--	-----------	--

+



## 2.2 Abschiebungen und Rückkehr

### 2.2.1 Abschiebungen nach Afghanistan

- Wie beurteilen Sie die Situation in Afghanistan (z.B. das Ranking von Afghanistan im [Global-Peace-Index-2018](#)) im Zusammenhang mit den ständig dorthin stattfindenden Abschiebungen?
- Was sagen Sie zur Abschiebung von Menschen in Länder, in denen sie nicht sozialisiert worden sind?
- Rechtfertigt die geringe Zahl der Abgeschobenen die hohen Kosten und Risiken der Abschiebungen und die permanente Verunsicherung bei uns schutzsuchender Menschen?

 <p><b>PIRATENPARTEI</b> Deutschland</p> <p>Wie beurteilen Sie die Situation in Afghanistan (z.B. das Ranking von Afghanistan im <a href="#">Global-Peace-Index-2018</a>) im Zusammenhang mit den ständig dorthin stattfindenden Abschiebungen?</p> <p>Abschiebungen in ein Land, in dem täglich Kriegshandlungen stattfinden, sind mit unserem humanistischen Gedanken nicht vereinbar. Von Afghanistan als sicherem Herkunftsland zu sprechen, ist eine Farce,</p>	 <p><b>CSU</b> Die Volkspartei für Europa</p> <p>Antworten a-c</p> <p>Zur Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen und nicht Schutzbedürftigen gehört auch, dass diejenigen, denen in einem ordentlichen Verfahren ein Recht auf einen Aufenthalt rechtskräftig versagt wurde, unser Land wieder verlassen müssen. Wenn Behörden und Gerichte in einem rechtsstaatlichen Verfahren zu dem Ergebnis kommen, dass jemand</p>	 <p><b>BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN</b></p> <p>Antworten a-c</p> <p>Wir wissen, dass nicht alle, die zu uns kommen, bleiben können. Für uns ist aber klar, dass freiwillige Rückkehr immer Vorrang hat vor Zwangsabschiebungen. Wir fordern eine ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung sowie eine angemessene Unterstützung für die Zeit nach der Rückkehr. Es muss sichergestellt sein, dass</p>	 <p><b>DIE LINKE.</b></p> <p>Wie beurteilen Sie die Situation in Afghanistan (z.B. das Ranking von Afghanistan im <a href="#">Global-Peace-Index-2018</a>) im Zusammenhang mit den ständig dorthin stattfindenden Abschiebungen?</p> <p>Afghanistan ist kein sicheres Land, daher lehnen wir Abschiebungen dorthin klar ab.</p> <p>Was sagen Sie zur Abschiebung von Menschen in Länder, in denen sie nicht sozialisiert</p>	 <p><b>ödp</b></p> <p>Wie beurteilen Sie die Situation in Afghanistan (z.B. das Ranking von Afghanistan im <a href="#">Global-Peace-Index-2018</a>) im Zusammenhang mit den ständig dorthin stattfindenden Abschiebungen?</p> <p>Die Lage in Afghanistan ist katastrophal, obwohl es von führenden Politikern und politisch korrekten Medien nicht so deutlich zugegeben wird. Im Global-Peace-Index-2018 von VisionOfHumanity.org</p>	 <p><b>SPD</b></p> <p>Wie beurteilen Sie die Situation in Afghanistan (z.B. das Ranking von Afghanistan im <a href="#">Global-Peace-Index-2018</a>) im Zusammenhang mit den ständig dorthin stattfindenden Abschiebungen?</p> <p>Wir machen bei jeder Gelegenheit deutlich, dass wir partout gegen Abschiebungen nach Afghanistan sind!</p> <p>Was sagen Sie zur Abschiebung von</p>
---	--	--	---	---	---

<p>wenn selbst das Auswärtige Amt Reisewarnungen ausspricht.</p> <p><b>Was sagen Sie zur Abschiebung von Menschen in Länder, in denen sie nicht sozialisiert worden sind?</b></p> <p>Dieses Vorgehen verspricht nicht, nahtlos in das gesellschaftliche System des jeweiligen Landes integriert zu werden. Wir lehnen dies ab.</p> <p><b>Rechtfertigt die geringe Zahl der Abgeschobenen die hohen Kosten und Risiken der Abschiebungen und die permanente Verunsicherung bei unschutzsuchender Menschen?</b></p> <p>Nein!</p>	<p>kein Bleiberecht in Deutschland hat, dann muss seine Ausreise folgen. Nur mit einem starken Rechtsstaat, der die Pflicht zur Ausreise unbeirrt umsetzt, erhalten wir die notwendige Akzeptanz für unser Asylsystem und für jene, die hier ein Bleiberecht haben und gut integriert werden sollen. Abschiebungen nach Afghanistan können nach der jüngsten Einschätzung des Auswärtigen Amtes und des Bundesinnenministeriums generell wieder uneingeschränkt stattfinden. Damit entfällt die Beschränkung auf Straftäter, Gefährder und hartnäckige Identitätsverweigerer. Abgelehnte Asylbewerber haben die Pflicht zur Ausreise und können nicht damit rechnen, diese einfach auszusitzen. Wer ausreisepflichtig ist und nicht freiwillig ausreist, muss jederzeit mit seiner Abschiebung ins Hei-</p>	<p>für diejenigen, die abgeschoben werden sollen, kein Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention oder eine erhebliche Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit drohen. Wir wollen außerdem, dass Menschen, die bereits in Europa sind und in Beschäftigung stehen, im Rahmen eines sogenannten Spurwechsels hier bleiben können. Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehnen wir ab.</p> <p>Der Abschluss von Rückführungsabkommen muss menschenrechtsbasierten Grundsätzen folgen. Der einseitige Fokus auf Grenzpolitik und das Knüpfen von Entwicklungshilfe an Bedingungen sind falsch. Bei Rückführungsabkommen wollen wir denjenigen Ländern Unterstützung anbieten, die ihre eigenen Staatsbürger*innen unbürokratisch wieder</p>	<p><b>worden sind?</b></p> <p>Solche Abschiebungen sollten nicht zulässig sein. Sie gehen nicht nur zu Lasten der betroffenen Menschen, sondern auch der Zielländer der Abschiebungen.</p> <p><b>Rechtfertigt die geringe Zahl der Abgeschobenen die hohen Kosten und Risiken der Abschiebungen und die permanente Verunsicherung bei unschutzsuchender Menschen?</b></p> <p>Nein. Die Kosten sind aus unserer Sicht zweitrangig – Abschiebungen in unsichere Länder wie Afghanistan werden ja nicht besser, wenn sie kosteneffektiver organisiert werden.</p>	<p>steht Afghanistan knapp vor Syrien auf dem vorletzten Platz, was bedeutet, dass die Kriegszustände in Afghanistan fast so schlimm sind wie in Syrien. Auf dem Christen Weltverfolgungsindex 2019 von OpenDoors.de steht Afghanistan dagegen auf der zweiten Stelle, gleich nach Nordkorea, was bedeutet, dass nur das kommunistische Nordkorea die Christen noch mehr verfolgt als Afghanistan. Somit schieben wir afghanische Flüchtlinge in die <i>Hölle auf Erden</i> ab und sind stolz darauf, dass unsere westliche Wertegemeinschaft diesem Land Demokratie, Menschenrechte, Frauengleichbehandlung, usw. beigebracht hat, aber werden zutiefst erschüttert, dass die Landesbewohner das nicht schätzen und dort nicht leben wollen, sondern zu uns als</p>	<p><b>Menschen in Länder, in denen sie nicht sozialisiert worden sind?</b></p> <p>Zu umfangreich für einen Wahlprüfstein.</p> <p><b>Rechtfertigt die geringe Zahl der Abgeschobenen die hohen Kosten und Risiken der Abschiebungen und die permanente Verunsicherung bei unschutzsuchender Menschen?</b></p> <p>Ich messe die Abschiebungen nicht an ihren Kosten. Dass rechtsstaatliches Handeln Geld kostet, liegt für mich in der Natur der Sache. Was es kostet ist für mich zweitrangig.</p>
--	---	---	--	--	---

	matland rechnen.	aufnehmen und ihnen Perspektiven bieten. Dieser Weg ist erfolgreicher als darauf zu bestehen, dass Länder zusätzlich zu ihren eigenen Bürger*innen auch Menschen anderer Staatsbürgerschaft zurücknehmen.		<p>Flüchtlinge kommen.</p> <p>Was sagen Sie zur Abschiebung von Menschen in Länder, in denen sie nicht sozialisiert worden sind?</p> <p>Wenn jemand aus einem fremden Land in die EU als Flüchtling kommt, dann hat er bereits die Entscheidung getroffen, in einem (EU-)Land leben zu wollen, in dem er nicht sozialisiert worden ist. Daher finde ich es als <b>unproblematisch</b>, wenn wir ggf. diese Flüchtlinge in andere sichere Drittstaaten abschieben, wo sie ebenfalls nicht sozialisiert worden sind.</p> <p>Rechtfertigt die geringe Zahl der Abgeschobenen die hohen Kosten und Risiken der Abschiebungen und die permanente Verunsicherung bei unschutzsuchender Menschen?</p> <p>Ganz auf Abschiebungen</p>	
--	------------------	---	--	--	--

				<p>(z.B. von kriminellen Flüchtlingen) zu verzichten wäre noch kostspieliger und riskanter als die gegenwärtige Abschiebungspraxis. Allerdings ist die Zahl der abgeschobenen im Verhältnis zu den ankommenden Flüchtlingen tatsächlich so gering, dass es keine spürbare Änderung der Lage bringt, sondern vermutlich nur beruhigend auf die Bürger wirken soll. So werden <b>Abschiebungen medienwirksam inszeniert</b>. Wenn z.B. am 69. Geburtstag des Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU) 69 Personen nach Afghanistan abgeschoben werden, dann berichten darüber alle Medien, was freilich zu Verunsicherung der bei uns Schutz suchenden Afghanen führt. Vor allem in Bayern werden sehr teure</p>	
--	--	--	--	---	--

				Abschiebungen durchgeführt, anstatt mehr Flüchtlinge zur Rückkehr zu motivieren. Auf der anderen Seite brauchen unsere Behörden bei einer freiwilligen Ausreise drei Monate, bis diese verwirklicht ist.	
--	--	--	--	--	--

## 2.2.2 Rücknahme

- Wie sollten Ihrer Meinung nach Kriterien für Rücknahmeabkommen aussehen?
- Wie garantieren Sie eine menschenwürdige Versorgungs-, Beratungs- und Unterbringungssituation im Zielland der Abschiebung? Welche Maßnahmen halten Sie dafür für notwendig und was tun Sie dafür, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden?
- Wie stellen Sie sicher, dass freiwillig Rückkehrende ihr Startgeld erhalten?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass ein Geflüchteter – sofern kein Asyl gewährt werden kann – unter Wahrung seines Gesichts und mit guten Startbedingungen in seine Heimat zurückkehren kann?

 <p><b>PIRATENPARTEI</b> Deutschland</p> <p>Wie sollten Ihrer Meinung nach Kriterien für Rücknahmeabkommen aussehen?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Rücknahmen nur nach Wille der Asylsuchenden</li> <li>- Unbedingte Sicherheit vor Verfolgung</li> <li>- Unbedingte Einhaltung der Menschenrechte</li> <li>- Unbedingter Zugang zu wirtschaftlichem Überleben</li> <li>- Unbedingte Achtung</li> </ul>	 <p><b>CSU</b> Die Volkspartei für Europa</p> <p>Antworten a-d</p> <p>Um die Rückübernahme von Flüchtlingen durch die Herkunftsstaaten zu verbessern, hat die Bundesrepublik zahlreiche bi- und multilaterale Rückübernahmeabkommen geschlossen. Diese „Abkommen zur Erleichterung der Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer“ enthalten neben der gegenseitigen Verpflichtung zur Rücknahme der eigenen Staatsangehörigen auch Regelungen</p>	 <p><b>BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN</b></p> <p>Antworten a-d</p> <p>Antwort siehe vorheriger Punkt</p>	 <p><b>DIE LINKE.</b></p> <p>Wie sollten Ihrer Meinung nach Kriterien für Rücknahmeabkommen aussehen?</p> <p>„Rücknahmeabkommen“ sollten nur geschlossen werden, wenn beide Seiten hohe menschenrechtliche Anforderungen einhalten. Sie sollten sich auf zwangsweise Rückführungen als Ausnahmemaßnahme beziehen. Wir fordern eine Kündigung der EU-Deals mit der Türkei und</p>	 <p><b>ödp</b></p> <p>Wie sollten Ihrer Meinung nach Kriterien für Rücknahmeabkommen aussehen?</p> <p>Einige Kriterien für sinnvolle Rücknahmeabkommen wären:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Wirksamkeit.</b> Beispielsweise das <b>Rücknahmeabkommen mit Spanien</b> von 08/2018 sieht vor, dass nur die</li> </ul>	 <p><b>SPD</b></p> <p>Wie sollten Ihrer Meinung nach Kriterien für Rücknahmeabkommen aussehen?</p> <p>Zu umfangreich für einen Wahlprüfstein.</p> <p>Wie garantieren Sie eine menschenwürdige Versorgungs-, Beratungs- und Unterbringungssituation im Zielland der Abschiebung? Welche Maßnahmen halten Sie dafür für notwendig und was tun Sie dafür, dass entsprechende</p>
---	---	---	---	--	--

<p>der persönlichen Freiheit</p> <p>Wie garantieren Sie eine menschenwürdige Versorgungs-, Beratungs- und Unterbringungssituation im Zielland der Abschiebung? Welche Maßnahmen halten Sie dafür für notwendig und was tun Sie dafür, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden?</p> <p>Wenn die Asylsuchenden zurück in ihre Heimat wollen, denn so soll es sein. Ab dem Zeitpunkt der Ankunft ist der Staat, in den die Rückkehr erfolgte, zuständig für seine eigene Bürger.</p> <p>Wie stellen Sie sicher, dass freiwillig Rückkehrende ihr Startgeld erhalten?</p> <p>Hier muss mit Gewährstellen im Rückkehrland gearbeitet werden, da sonst die Gefahr zu groß ist, dass das Startgeld "verloren" geht.</p>	<p>zur Durchführung der Rückübernahme, z.B. bezüglich der Feststellung der Staatsangehörigkeit und der Ausstellung von Reisedokumenten. Zahlreiche Rückübernahmeabkommen sehen auch eine Verpflichtung zur Rückübernahme von fremden Staatsangehörigen vor (z.B. die Rückübernahmeabkommen mit Albanien, Armenien, Bulgarien, Dänemark und der Schweiz). Nicht Gegenstand dieser Abkommen ist die Gewährung finanzieller Zuwendungen als Ausgleich für die Rückübernahme von Personen. Für freiwillige Ausreisen muss eine ausreichende Rückkehrberatung sichergestellt sein. Dabei können Rückkehrhilfen – insbesondere in einem frühen Zeitpunkt – die freiwillige Rückkehr nicht nur motivieren, sondern auch ermöglichen. Darüber hinaus ist es ein</p>		<p>Libyen und einen Stopp entsprechender Vertragsverhandlungen.</p> <p>Wie garantieren Sie eine menschenwürdige Versorgungs-, Beratungs- und Unterbringungssituation im Zielland der Abschiebung? Welche Maßnahmen halten Sie dafür für notwendig und was tun Sie dafür, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden?</p> <p>Auch diese Fragen müssten in solchen Abkommen geregelt werden.</p> <p>Wie stellen Sie sicher, dass freiwillig Rückkehrende ihr Startgeld erhalten?</p> <p>Sie müssen es zum Zeitpunkt der Ausreise durch deutsche Stellen erhalten.</p> <p>Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass ein Geflüchteter – sofern kein Asyl gewährt werden</p>	<p>Asylbewerber, welche in Spanien einen Asylantrag stellten und dann nach Deutschland über Österreich einreisten, nach Spanien zurückgebracht werden. Nach Abschluss dieses Abkommens sind keine illegalen Migranten mehr aus Spanien über Österreich, sondern vorwiegend (wie bisher) über Frankreich nach Deutschland eingereist. Obwohl führende Politiker und politisch korrekte Medien das Abkommen als eine gemeinsame europäische Lösung sehr hoch eingeschätzt haben, sprachen alternative Medien von einer „null Wirkung“ und „Mogelpackung“.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Beachtung der Dublin-III-</b></li> </ul>	<p>Maßnahmen ergriffen werden?</p> <p>Siehe dazu vorhergehende Antworten zum Thema Standards, etc.</p> <p>Wie stellen Sie sicher, dass freiwillig Rückkehrende ihr Startgeld erhalten?</p> <p>Dto.</p> <p>Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass ein Geflüchteter – sofern kein Asyl gewährt werden kann – unter Wahrung seines Gesichts und mit guten Startbedingungen in seine Heimat zurückkehren kann?</p> <p>Dto.</p>
--	---	--	---	--	--

<p>Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass ein Geflüchteter – sofern kein Asyl gewährt werden kann – unter Wahrung seines Gesichts und mit guten Startbedingungen in seine Heimat zurückkehren kann?</p> <p>Wir stellen grundlegend in Zweifel, dass es Gründe geben kann, dass kein Asyl gewährt wird. Geflüchtete haben hingegen manifeste Gründe, ihre Heimat, ihr kulturelles und ihr soziales Umfeld zu verlassen. Erst wenn diese behoben sind, kann an eine Rückkehr gedacht werden. Dann ist der entsprechende Staat zuständig, gute Re-Startbedingungen zu gewährleisten.</p>	<p>vorrangiges Ziel der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik die Fluchtursachenbekämpfung. In den Heimatländern und Anrainerstaaten müssen Perspektiven für Flüchtlinge, Rückkehrer und die einheimische Bevölkerung geschaffen werden. Deutsche Entwicklungshilfe geht hier voran und setzt die richtigen Signale in den betroffenen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens wie in Afrika. Der Marshallplan mit Afrika ist das Handlungskonzept zur Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnerländern. Über Reformpartnerschaften, die auf dem Ansatz des Förderns und Forderns beruhen, treiben wir die Entwicklung ausgewählter Partnerländer gezielt voran. Denn von einer erfolgreichen Bewältigung der großen Herausforderungen Afrikas hängt auch die Zukunft Europas ab. Es</p>		<p>kann – unter Wahrung seines Gesichts und mit guten Startbedingungen in seine Heimat zurückkehren kann?</p> <p>Dafür sind ein Startgeld und eine Rückkehr ohne polizeiliche Begleitung sicherlich gute Voraussetzungen.</p>	<p><b>Verordnung</b>, solange es keine andere gibt. Die drei von Deutschland im Jahr 2018 mit <b>Griechenland, Spanien und Italien</b> abgeschlossenen Abkommen sind nicht ganz Dublin-III-konform, weil sie die Rücknahme nur von den dort bereits registrierten Flüchtlingen erlauben. Vielen Migranten gelingt es aber, weiter nach Deutschland zu reisen, ohne sich in den für die Bearbeitung ihrer Asylanträge zuständigen EU-Ersteinreiseländern zu registrieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Nullsummen-Austausch</b>, indem ein Migrant zurückgenommen wird und dafür ein anderer nach Deutschland auf sicherem Wege einreisen darf (wie es beispielsweise das</li> </ul>	
---	--	--	---	--	--



	<p>geht um Überlebenshilfe und Aufbau von Infrastruktur in den Krisengebieten, aber insbesondere auch um langfristige Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit wie Armutsbekämpfung, wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Ausbildung, Klimaschutz, Gleichberechtigung der Frauen, gute Regierungsführung und die Wahrung der Menschenrechte.</p>			<p><b>EU-Türkei-Abkommen</b> von 03/2016 oder <b>das Deutschland-Italien-Abkommen</b> von 08/2018 regeln), ist zwar umstritten, weil sich dabei andere Länder der problematischen Flüchtlinge (wie Kriminelle oder Asoziale) zu unseren Lasten entledigen können. Illegale Einreisen können dadurch jedoch reduziert werden, weil die illegalen Migranten abgeschreckt werden, wenn sie konsequent (im Austausch gegen einen anderen Flüchtling) zurückgeschickt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Rückkehrförderung</b> anhand bilateraler Verträge. Wenn die Geflüchteten nicht in das Erstaufnahmeland zurückkehren möchten oder/und auch nicht in</li> </ul>	
--	--	--	--	--	--

				<p>Deutschland bleiben können, besteht für sie die Möglichkeit sich an eine Rückkehrberatungsstelle zu wenden, um sich über die <b>Fördermöglichkeiten zur Rückkehr in ihr Heimatland</b> zu erkundigen.</p> <p>Wie garantieren Sie eine menschenwürdige Versorgungs-, Beratungs- und Unterbringungssituation im Zielland der Abschiebung? Welche Maßnahmen halten Sie dafür für notwendig und was tun Sie dafür, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden?</p> <p>Im Zielland der Abschiebung soll eine menschenwürdige Versorgungs-, Beratungs- und Unterbringungssituation auf dem üblichen Niveau der Zielländer garantiert werden. Eine geeignete Maßnahme das zu erreichen wäre durch</p>	
--	--	--	--	--	--

				<p>eine Kopplung der Entwicklungshilfe an die Gewährung solcher Leistungen möglich. Dabei soll beachtet werden, dass abgeschobene <b>Flüchtlinge nicht besser als die Landesbewohner behandelt</b> werden, weil das sonst dort zu sozialen Spannungen und einer Zunahme des Rechtsextremismus führen könnte.</p> <p>Freiwillig Zurückkehrende können sich über eine Rückkehrberatungsstelle beraten lassen und erhalten in vielen Fluchtländern Reintegrationsangebote. Bei Problemen besteht die Möglichkeit sich an die jeweilige Rückkehrberatungsstelle vom Heimatland aus zu wenden, damit diese vermitteln kann. Leider gibt es nicht flächendeckend in Deutschland Rückkehrberatungsstellen. In diesen Fällen</p>	
--	--	--	--	--	--

				<p>besteht die Möglichkeit sich an eine Migrationsberatungsstelle oder Ausländerbehörden zu wenden.</p> <p>Wie stellen Sie sicher, dass freiwillig Rückkehrende ihr Startgeld erhalten?</p> <p>Zunächst muss gesichert werden, dass den freiwillig Rückkehrenden überhaupt ein Startgeld zur Verfügung gestellt wird, was u.a. mit einer dauerhaften Entlastung unserer Sozialsysteme gerechtfertigt und mitfinanziert werden kann. Weiterhin muss gewährleistet werden, dass die Rückkehrer einen sicheren Zugriff auf ihr Startgeld bekommen, was mit der konsequenten Umsetzung des UN-Migrationspakts (vgl. Ziel 20: <b>Schaffung von Möglichkeiten für schnellere, sicherere und kostengünstigere Rücküberweisungen</b>)</p>	
--	--	--	--	---	--

				<p>[...] erreicht werden kann.</p> <p>Die Startgelder durch das deutsche REAG/GARP-Programm werden in zwei Raten ausbezahlt. Die erste Rate des Startgeldes erhalten Rückkehrer i.d.R. am Flughafen in Deutschland. Die zweite Rate wird über die IOM-Mission im Heimatland nach 6-8 Monaten ausbezahlt. Erfahrungsgemäß gibt es hier keine Probleme bei der Auszahlung.</p> <p>Sonstige monetäre Reintegrationshilfen können per Überweisung entweder an eine Rückkehrorganisation oder NGO im Heimatland durch die Rückkehrberatungsstelle, oder direkt an den Rückkehrer überwiesen werden, wenn eine Auslandsüberweisung möglich ist, was z.Z. nicht immer der Fall ist. Durch den</p>	
--	--	--	--	--	--

				<p>direkten Kontakt ist dann ein Erhalt des Startgeldes sicher.</p> <p>Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass ein Geflüchteter – sofern kein Asyl gewährt werden kann – unter Wahrung seines Gesichts und mit guten Startbedingungen in seine Heimat zurückkehren kann?</p> <p>Der UN-Migrationspakt (Ziel 21: <b>Zusammenarbeit bei der Ermöglichung einer sicheren und würdevollen Rückkehr und Wiederaufnahme sowie einer nachhaltigen Reintegration</b>) sieht vielfache Möglichkeiten vor, welche auch bei der Rückkehr der abgelehnten Asylbewerber zweckdienlich sein können. Voraussetzung dafür wäre, dass die internationale Zusammenarbeit in dieser Hinsicht zeitnah verwirklicht wird und der</p>	
--	--	--	--	--	--

				<p>UN-Migrationspakt nicht ausschließlich als ein Beschaffungsmittel für fehlende <b>Arbeitskräfte im Niedriglohnssektor</b> umgesetzt wird.</p> <p>Es bestehen für alle wichtigen Fluchtländer Fördermöglichkeiten zur freiwilligen Rückkehr über das REAG/GARP-Programm. Für viele Staaten bestehen zusätzliche Reintegrationsprogramme über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Rückkehrberatungsstellen können qualifizierte Beratung hierzu anbieten.</p>	
--	--	--	--	---	--

				Weitere Infos über die Portale www.returningfromgermany.de und www.startfinder.de.	
--	--	--	--	--	--

Kommentare bitte an folgende E-Mail-Adresse:

[Masterplan@unserveto-bayern.de](mailto:Masterplan@unserveto-bayern.de)

Gez. Joachim Jacob



Verband der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer\*innen Bayern  
Vorsitzende: Bettina Riep, Dr. Joachim Jacob